

Vorwort des Herausgebers

Die Abwehr und Verfolgung terroristischer Anschläge verursacht besondere Herausforderungen sowohl für die Gewährleistung von Sicherheit als auch für die Bewahrung von Freiheitsrechten. Der Grundkonflikt zwischen Angst und Freiheitsstreben zeigt sich insbesondere bei dem Versuch, ausreichende Sicherheit vor terroristischen Angriffen für Einrichtungen des öffentlichen Verkehrs zu erreichen. Massenverkehrsmittel wie Busse, Bahnen und Flugzeuge sind in einer umfassend vernetzten Weltgesellschaft die „Lebensadern“ des angehenden 21. Jahrhunderts. Sie sind für terroristische Angriffe besonders geeignet: Einerseits ist die Gesellschaft auf sie in intensiver Weise angewiesen. Ihr Ausfall trifft sie hart. Andererseits sind sie leicht verletzlich, weil sie dezentral verteilt, rund um die Uhr in Betrieb, räumlich konzentriert und durch die inhärente Fortbewegungsenergie mit geringen Mitteln angreifbar sind. Sie weisen durch das massive Personenaufkommen ein hohes Schadenspotential auf.

Das hohe Schadenspotential und die große Angriffsfläche erfordern einen intensiven Einsatz von Sicherheitsmitteln. Die notwendigen Sicherungsmaßnahmen sind aber zugleich geeignet, Freiheitsrechte intensiv zu beeinträchtigen. Aufgabe des Rechts ist es, zum einen die Freiheitsbeeinträchtigung der Sicherheitsmaßnahmen auf das unvermeidbare Mindestmaß zu reduzieren und zum anderen das Restrisiko zu bestimmen, das zum Schutz der Freiheitsrechte hingenommen werden muss, um nicht durch die Sicherungsmaßnahmen das zu verlieren, was diese eigentlich schützen sollten.

Hier setzt die Arbeit von Herrn Geminn an. Sie verfolgt das Ziel, einen Leitfaden zum rechtsverträglichen Einsatz von Sicherheitsmaßnahmen zu entwickeln. Sie beschränkt sich dabei auf Sicherheitsmaßnahmen, die im Bereich des öffentlichen Verkehrs, also zur Sicherung von Flughäfen, Bus- und Bahnverkehr zum Einsatz kommen, und deren Auswirkung auf Freiheitsrechte. Dabei legt sie zu Recht einen Schwerpunkt auf die Gewährleistung einer ausreichenden Sicherheit gegen Bedrohungen durch Terrorismus.

Diese Zielsetzung ist methodisch und fachlich eine große Herausforderung. Denn bisher fehlt es an einer umfassenden Untersuchung der Rechtsfragen zur Sicherheit des öffentlichen Verkehrs, der die internationale, die europäische, die nationale und die länderspezifische Ebene der Rechtsregelungen zusammenführt und integriert darstellt. Erst recht fehlt es an einer Untersuchung, die aus rechtlicher Sicht Gestaltungsanforderungen und Gestaltungskriterien aus Rechtsnormen entwickelt und aus diesen technisch-organisatorische Gestaltungsziele für die freiheitsverträgliche Sicherheitsgewährleistung im öffentlichen Verkehr ableitet. Mit der vorgelegten Arbeit füllt Herr Geminn zwei wesentliche Lücken im

Technikrecht. Indem er die für die Sicherheit des öffentlichen Verkehrs geltenden Regelungen zusammenträgt und hinsichtlich ihrer Anforderungen überprüft, bietet er sowohl wertvolle Hinweise für das notwendige Rechtsverständnis gegenüber modernsten Sicherheitsmaßnahmen und damit grundlegende Hilfestellungen für die Praxis. Indem er zeigt, wie technische Gestaltungsziele und -vorschläge aus verfassungs- und einfachrechtlichen Vorgaben abgeleitet werden können, trägt er zur Bewältigung schwieriger grundlegender methodischer Fragen der rechtswissenschaftlichen Technikgestaltung bei und bietet viele innovative Hinweise zur rechtskonformen Fortentwicklung der Sicherheitsmaßnahmen im öffentlichen Verkehr.

Die Arbeit entstand zu großen Teilen im Rahmen der Mitarbeit im EU-Forschungsprojekt „Security Impact Assessment Measures (SIAM) - A Decision Support System for Security Technologies“ (<http://siam-project.eu/>) des 7. Forschungsrahmenprogramms der Europäischen Union. Projektpartner waren neben der Universität Kassel das Zentrum für Technik und Gesellschaft der Technischen Universität Berlin, das Digital Image Research Centre der Londoner Kingston University, die University of Newcastle upon Tyne, das Turiner Istituto Superiore sui Sistemi Territoriali per l’Innovazione, die Tel Aviv University und das Center for Law, Science, Technology and Society Studies der Vrije Universiteit Brussels. Ferner waren die Datenschutzbeauftragten Berlins und des Bundes sowie Prof. Charles Raab von der University of Edinburgh mit dem Projekt assoziiert. Während des Projekts wurden vier Fallstudien durchgeführt. Hierfür konnten der Flughafen Berlin Brandenburg, die Grupo Torinese Trasporti, die Deutsche Bahn AG und der Ben Gurion International Airport als Partner gewonnen werden. In diesem Projekt konnte Herr Geminn von 2011 bis 2014 Fragen der Sicherheitsgewährleistung im öffentlichen Verkehr in enger interdisziplinärer Zusammenarbeit mit Sozialwissenschaftlern, Kriminologen und Naturwissenschaftlern untersuchen.

Es ist der Arbeit zu wünschen, dass sie von Entscheidungsträgern, wie etwa Flughafenbetreibern, aber auch von Entwicklern von Sicherheitsmaßnahmen zur Kenntnis genommen wird, „um entweder bereits im Rahmen des Entwicklungsprozesses Rechtsverträglichkeit herzustellen oder um festzustellen, wie eine kommerziell erhältliche Sicherheitsmaßnahme verändert werden muss, um rechtsverträglich angewandt werden zu können“.

Vorwort des Autors

Die vorliegende Arbeit entstand in den Jahren 2011 bis 2013 im Rahmen meiner Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Projektgruppe verfassungsverträgliche Technikgestaltung (provet) unter der Leitung von Prof. Dr. Alexander Roßnagel an der Universität Kassel.

Nicht wenige Menschen haben mitunter maßgeblich zum Erfolg der Arbeit beigetragen und mich während meiner Dissertationszeit unterstützt.

Mein besonderer Dank gilt zunächst meinem Doktorvater Prof. Dr. Roßnagel. Ihm danke ich für das in mich gesetzte Vertrauen, für seine Geduld und seine Anregungen, welche für das Gelingen dieses Promotionsvorhabens unersetzlich waren.

Herrn Prof. Thaenert danke ich ferner herzlich für die Übernahme des Zweitgutachtens und dessen zügige Erstellung.

Meinen Kollegen in der Projektgruppe verfassungsverträgliche Technikgestaltung danke ich für drei schöne Jahre und das angenehme und freundschaftliche Arbeitsklima. Mein Dank gilt auch Frau Edith Weise, die mir stets in administrativen Fragen helfend zur Seite stand.

Meiner Frau Julia, die mir während der Anfertigung dieser Arbeit das Ja-Wort gab, möchte ich danken für ihre allumfassende Unterstützung.

Danken möchte ich auch all jenen, die dazu beigetragen haben, mich daran zu erinnern, dass es ein Leben neben der Dissertation gibt, und die geholfen haben, meine Zeit in Kassel so angenehm wie möglich zu gestalten. Dazu gehören meine Familie und nicht zuletzt auch meine Freunde. Ihnen allen ist diese Arbeit in großer Dankbarkeit gewidmet.

Die Arbeit wurde Anfang Juli 2013 unter dem Titel „Rechtsverträglicher Einsatz von Sicherheitsmaßnahmen im öffentlichen Verkehr“ als Dissertation an der Universität Kassel eingereicht. Die Disputation fand am 18.12.2013 statt. Grundlage der Veröffentlichung ist der Gesetzesstand von Anfang Dezember 2013. Literatur wurde ebenfalls bis zum Dezember 2013 berücksichtigt. Alle in der Arbeit verwendeten Querverweise auf Quellen aus dem World Wide Web wurden zuletzt im Dezember 2013 auf Aktualität überprüft.

Kassel, im Dezember 2013

Christian Ludwig Geminn

Rechtsverträglicher Einsatz von Sicherheitsmaßnahmen
im öffentlichen Verkehr

Geminn, C.L.

2014, XXXI, 444 S. 14 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-05352-9